

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).
Jernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erhaltung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaßene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaßene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgezeichneten Stellen, ferner für unendlich gedruckte Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 34

Donnerstag, den 20. März

1930

Hindenburg unterzeichnet das Polenabkommen.

Bottschaft an den deutschen Osten.
Der Reichspräsident hat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das vom Reichstag angenommen wurde, unterzeichnet, da die amtlichen Juristen darin übereinstimmen, daß das Gesetz keinen verfassungsändernden Charakter habe.

Gleichzeitig mit der Mitteilung von der Unterzeichnung wird eine Bottschaft Hindenburgs veröffentlicht, die sich an die Bewohner des deutschen Ostens richtet und die Gründe darlegt, die den Reichspräsidenten genötigt haben, das Abkommen zu unterschreiben und zu verkünden.

Ein Brief an den Reichszankler.

Der Reichspräsident hat am Dienstag nachmittag an den Reichszankler ein ausführliches Schreiben gerichtet, in dem er sich über die Gründe zur Unterzeichnung des Polenabkommens äußert, und in dem es u. a. heißt:

„Aus dem Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß gegen das Reichsrat verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen

verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen.

Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Reichszankler, welche die Regierungsvorlage als verfassungsändernd ansehen, jetzt ihre Bedenken als behoben erachten, nachdem der Reichstag in den Entscheidungstrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschloßen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles ausgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei dieser Entscheidung habe ich den von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt;

insbesondere verstehe ich die im notleidenden Osten unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorzunehmenden Widerstände. Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziel, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenzen auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird.

Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unsern Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen ist, zu helfen,

und auch ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken aus dieses Gesetzes ausfertige, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch

eine wirksame finanzielle Hilfsaktion

hinzutreten. Viele landwirtschaftliche Betriebe, Güter wie Bauernhöfe sind in einem Grade überschuldet und mit to hohen Zinslasten belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgen einzuführen und die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Lebensführung und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden, um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermäßig hohen Zinslasten zu geben, ihnen die Lebensführung zu ermöglichen und ihnen für den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz fast der gesamten Bevölkerung des Ostens ist. (Geschicht dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen ins dem Osten unaussprechlich.)

Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unentbehrbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird — so nehme ich an — aus den gesteigerten Erträgen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, ergeht es mir ein gerechtes Ausgeleitet, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der

Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsam und im Ausmaß gemindert

wird. Es erscheint mir billig und recht und auch zur Befriedigung dieser Zustimmung geeignet, wenn nun, in diesen Krisenjahre der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten fünf Jahre aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Polen und der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Man erhofft verstärkte wirtschaftliche und politische Einflüsse in Ostpreußen.

Warschau. Die polnische, insbesondere aber die Regierungspresse, erblickt in der Tatsache der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages einen bedeutenden Erfolg der polnischen Außenpolitik und erhofft in weiterer Folge große Vorteile für Polen in wirtschaftlicher, finanzieller und nicht zuletzt auch in politischer Hinsicht.

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet der Vertrag nach Meinung der polnischen Blätter vor allen Dingen eine Stabilisierung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen und im Anschluß daran auch eine Stabilisierung der polnischen Produktion, wodurch für die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie und Landwirtschaft in Zukunft eine normale Entwicklungsmöglichkeit geschaffen würde. Einen großen Fortschritt auf diesem Wege bedeutet ferner der Abbau der Kampfzölle. Mit Hilfe des deutschen Handelsvermittlungsinstitutes werde es Polen in hohem Maße möglich werden, im Außenhandel festen Fuß zu fassen. Die finanziellen Vorteile, die sich für Polen eröffnen, bestehen u. a. namentlich darin, daß infolge der nunmehr geregelten handelspolitischen Beziehungen mit Deutschland Polens Kreditfähigkeit stark zunehmen werde.

Der unterzeichnete Handelsvertrag sieht, wie „Kurjer Poranny“ meldet, ferner Ergänzungsverhandlungen vor, um Mittel und Wege zu finden, die deutsch-polnischen Beziehungen auch weiterhin auf der Grundlage der Genfer Konvention aufzubauen.

Besonders günstige Aussichten eröffnen sich nach Meinung des „Kurjer Poranny“ für die polnische landwirtschaftliche Produktion und für den Absatz polnischer Rohstoffe.

Von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind u. a. folgende Waren zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen: Geflügel, Hülsenfrüchte, Kleinfutter, Milch, Käse, Butter, Hopfen u. a. m. Das Schweine- und Kohlenkontingent ist in der bekannten Weise geregelt, wobei die polnische Presse hervorhebt, daß die Schweine, die auf dem Seewege nach Deutschland kommen, auch freien Zutritt auf den deutschen Märkten bekommen dürfen.

In verschiedenen polnischen Kreisen, die an einem Handelsvertrag mit Deutschland eher aus rein politischen Motiven heraus interessiert sind, erhofft man, mittels des Handelsvertrages zunächst vor allen Dingen den wirtschaftlichen

Einfluß Polens in Ostpreußen ganz beträchtlich zu festigen

und auszubauen und in der weiteren Folge auch in politischer Hinsicht die Möglichkeit einer verstärkten Einflüsse zu erhalten. Offenbar aus diesem Grunde rät die „Gazette Handelsowa“ zur gründlichen Reform des gesamten polnischen Konsulardienstes in Deutschland, namentlich aber zur Schaffung eines besonders schlagfertigen Informationsapparates. Gleichzeitig fordert die „Agencja Polska“ eine umgehende Reform des polnischen Zolltarifes, wodurch vor allen Dingen der allzu gewaltsamen wirtschaftlichen Expansion Deutschlands nach dem Osten ein Riegel vorgezogen werden soll.

Gesandter Kaufser ist nach Berlin gefahren, um im Anschluß daran einen dreiwöchigen Erholungsurlaub anzutreten.

Wieder ergebnislose Agrarverhandlungen.

Die Regierungsparteien haben am Dienstag neue Bepredungen über die finanziellen Fragen und über die von dem Reichsernährungsminister beabsichtigten und auch zum Teil von der Landwirtschaft angeregten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft fortgesetzt. In den finanziellen Fragen wird eine Einigung zwischen den Regierungsparteien vor dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim nicht zu erreichen sein, zumal die sozialdemokratische Fraktion Vorschläge der Deutschen Volkspartei über die Reform der Arbeitslosenversicherung vollständig abgelehnt hat.

In den agrarpolitischen Verhandlungen kam man auch nicht weiter. Man hat sich am Dienstag vormittag zu Verhandlungen zusammengefunden. Das vom Reichsernährungsminister geforderte Ermäßigungsgezet gilt als erledigt. Man versucht jetzt, zwischen den Regierungsparteien über einzelne Punkte des Agrarprogramms eine Einigung zu erreichen, um dann den Rest mit wechselnder Mehrheit zu erreichen, also mit Unterstützung der Rechten, vielleicht im Reichstag durchzusetzen.

Dreizehn lutherische Pastoren im Sowjetgefängnis.

Nach neuen Meldungen aus Sowjetrußland schmachten dreizehn lutherische Pastoren im Sowjetgefängnis. Eine Reihe weiterer Pastoren ist auf Wunsch ihrer Gemeinden vor der Haft gelassen. Zwei Pastoren wurden nach monatelanger Haft bei 30 Grad Kälte in die Wälder Sibiriens verbannt. Im Leningrad stehen zahlreiche Glieder der evangelischen Gemeinden unter Anklage konterrevolutionärer Gesinnung. Etwa die Hälfte befindet sich in Haft. Ihre Verurteilung steht bevor.

Dr. Wirth über das Hilfsprogramm für den Westen.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete gab Minister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Der Rückerwerb der besetzten Gebiete müsse auf Jahre hinaus, um die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Wiederbaufeld dieser Gebiete seit Kriegsende zu lindern, eine systematische und organische besondere Betreuung von Reich und Ländern folgen. Einen Ueberblick über das Gesamtwert, das in den nächsten zehn Jahren durchgeführt werden soll, heute zu geben, wäre verfrüht, da niemand die Finanzverhältnisse des Reiches und auch die Entwicklung der besetzten Gebiete nach ihrer Rückerwerb in den nächsten zehn Jahren mit Bestimmtheit zu überblicken vermag. Im Haushalt 1930 seien für die Wirtschaftsbildung im Rheinland 20 Millionen RM. veranschlagt, zu denen Mittel aus dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums träten. Unterstützungen an einzelne Firmen oder Personen aus dem Wirtschaftsprogramm würden nicht gewährt werden. — Nach kurzer Aussprache vertagte sich der Ausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages besaßte sich mit dem Nachtragsauslaß des Reichsarbeitsministeriums. Der Zentrumsgesandter Erling erklärte, die Zentrumspartei stehe zur Verfüugung, nach der der Lohnsteuer 50 Millionen Mark für die Invalidenversicherung entnommen werden sollen. Der Reichsarbeitsminister sei anderer Meinung als der Reichsfinanzminister, und ehe man über die sozialdemokratischen Anträge abstimmen könne, müsse der Standpunkt des Kabinetts festgelegt werden. Bei der Frage des Mehrbedarfes von 30 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung erklärte Reichsarbeitsminister Wiffell, er habe die Notwendigkeit eines Umbaus der Arbeitslosenversicherung noch nicht gespürt. Die Weiterberatung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Estposten wurde vertagt, um den Reichsfinanzminister zu den Bepredungen hinzuzuziehen. Im übrigen wurde der Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums genehmigt.

Zum Schluß wurde der Nachtragshaushalt für Versorgungs- und Ruhegehalter erledigt, wobei der Bericht der rentenberechtigten Kriegesbeschädigten gegenüber dem vorjährigen Etat um 60 000 zugenommen habe. Reichsarbeitsminister Wiffell behauptete, daß auf dem Gebiete der Kapitalabfindung nicht mehr gesehen könne.

Der jüngste Sproß der Lloydflotte.

Indienststellung der „Europa“. — Ein glänzendes Zeugnis deutscher Schiffbaukunst.

Auf der Höhe von Horns-Riff wurde der Schnelldampfer „Europa“ durch Generaldirektor Glässel vom Norddeutschen Lloyd mit einer kurzen Ansprache von der Werft übernommen. Direktor Glässel übergab sodann das Schiff seinem künftigen Führer, Commodore Johnson, und gab der Soffierung Ausdruck, daß er es mit der ihm eigenen Sachkenntnis, Pflichtgefühl und nicht zuletzt auch mit seiner Liebe zum Seemannsberuf und damit zur gesamten deutschen Seefahrt über das Weltmeer hinweg zu Ehren der Erbauer, zum Wohle der Reederei und im Interesse der Hebung des Ansehens des gesamten deutschen Volkes sowohl im Inlande als auch im Auslande.

Commodore Johnson dankte, gedachte des Reichspräsidenten und betonte: „Wir wollen diesem Schiffe und damit dem Norddeutschen Lloyd, durch den Lloyd aber wiederum dem Deutschen Vaterlande dienen, wie wir ihm dienen können und wollen. Dafür ist uns ein leuchtendes Vorbild gegeben in der Person unseres allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg, in der sich so wunderbar Pflichtgefühl, Wahrschaffigkeit, Treue und Unparteilichkeit verkörpern.“

An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgendes Telegramm gesandt: „Dem Herrn Reichspräsidenten entbiete ich namens des Norddeutschen Lloyd nach soeben glücklich vollendeter Probefahrt des jüngsten Sprosses der Lloydflotte meinen ergebensten Gruß. Der Dampfer „Europa“ hat die in ihm gesetzten Erwartungen vollauf erfüllt und legt auf Grund ihrer hervorragenden Eigenschaften ein glänzendes Zeugnis von dem hohen Stande der deutschen Schiffbaukunst ab, Glässel.“

An den ehemaligen amerikanischen Botschafter in Berlin Schuman wurde telegraphiert: „Ihr Patenschiß „Europa“ absolvierte soeben glänzend verlaufene Nordsee-Probefahrt. Schiff entspricht allen gegebenen Erwartungen. Als Bepredungsmittel im deutsch-amerikanischen Reichverkehr dürfte es zu seinem Teil berufen sein, ihrerseits tatkräftig geförderter Freundschaftsbeziehungen beider Völker zu stärken und zu festigen.“

Republikstufgesetz in dritter Lesung angenommen.

Der Reichstag hat in dritter, endgültiger Abstimmung den entscheidenden § 6 des Republikstufgesetzes bei 416 an der Abstimmung beteiligten Abgeordneten mit 265 gegen 151 Stimmen angenommen.